

# presse

---

## **Lebensmittelkennzeichnung der EU bleibt für Verbraucher unzureichend**

Zur heutigen Einigung des EU-Ministerrates zur neuen Lebensmittel-Informationsverordnung erklärt die zuständige Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion Kerstin Tack:

Die neuen Regeln zur Kennzeichnung von Lebensmitteln sind unzureichend und kein großer Wurf. Mehr Transparenz im Sinne der Verbraucher wird es nicht geben. Die Ministerin wollte mit der neuen Verordnung Klarheit und Wahrheit schaffen, diesem Ziel wird sie nicht gerecht, kritisiert Kerstin Tack.

Diese Verordnung ist nicht der große Wurf und die Freude von Bundesministerin Aigner über den Beschluss teilen wir nicht. Für Verbraucherinnen und Verbraucher gibt es nur bedingt mehr Transparenz und die neuen Regelungen treten zum Teil erst in fünf Jahren in Kraft. Eine überschaubare Lebensmittel-Ampel wird nicht kommen. Ministerin Aigner wollte Klarheit und Wahrheit - die EU-Regelung wird diesem Ziel nicht ausreichend gerecht. Hier muss die Ministerin nacharbeiten.

Die Bezeichnung für Lebensmittelimitate wie zum Beispiel Analogkäse muss zwar in unmittelbarer Nähe des Produktnamens stehen, darf aber kleiner geschrieben werden. Auch die Bezeichnung "aus Fleischstücken zusammengefügt" für "Klebefleisch" ist für Verbraucherinnen und Verbraucher nicht viel verständlicher.

Die beschlossene Herkunftskennzeichnung für Fleisch ist noch nicht klar geregelt. Wir wollen, dass Ort von Aufzucht oder Mast angegeben werden muss, nur den Sitz des verarbeitenden Unternehmens zu nennen reicht nicht aus. Trans-Fettsäuren wurden zunächst gar nicht auf die Liste der anzugebenden Stoffe gesetzt, auch hier wird noch geprüft. Einzig die Verbesserungen bei der

Kennzeichnung von Allergenen, koffeinhaltigen Lebensmitteln und des Einfrierdatums bringen einen Mehrwert.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat immer gefordert, dass Angaben auf dem Etikett einfach, schnell vergleichbar, überschaubar und leicht verständlich sein müssen. Eine Ampelkennzeichnung hätte dies gewährleistet. Damit hätten die Verbraucherinnen und Verbraucher bewusster entscheiden können, was sie kaufen und essen wollen. Der gefundene Kompromiss auf EU-Ebene hilft dabei nur bedingt.